

Die ungarischen Parlamentswahlen 2014: Fidesz-Sieg trotz Stimmenverlust

Hegedüs, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hegedüs, D. (2014). *Die ungarischen Parlamentswahlen 2014: Fidesz-Sieg trotz Stimmenverlust*. (DGAP kompakt, 7). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53775-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPkompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

April 2014 N° 7
ISSN 2198-5936

Fidesz-Sieg trotz Stimmenverlust

Die ungarischen Parlamentswahlen 2014

von Dániel Hegedüs



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die ungarischen Parlamentswahlen 2014

Fidesz-Sieg trotz Stimmenverlust

von Daniel Hegedüs

Abermals hat das rechtskonservative Parteibündnis von Fidesz und Christdemokraten die Parlamentswahlen gewonnen. Die Berichterstattung der deutschen Medien folgt der Argumentation, dass die EU-Institutionen die Regierung von Viktor Orbán kritisch beurteilen mögen, der ungarische Wähler aber offensichtlich weniger. Wer sich jedoch Stimmenverteilung und Wahlbeteiligung genauer ansieht, muss feststellen, dass mit der Ausnahme der rechtradikalen Jobbik keine Partei Anlass hat, Erfolge zu feiern.

Die gemeinsame Liste der bisherigen Regierungsparteien, zusammengesetzt aus Fidesz und der Christdemokratischen Volkspartei (KDNP), ist mit einem Ergebnis von 44,73 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen eindeutiger Wahlsieger.¹ Ihre Kandidaten sind in 96 von 106 Einzelwahlbezirken auf den ersten Platz gekommen; zusammen mit den Listenmandaten verfügen Fidesz und KDNP nun im neuen Parlament bei insgesamt 199 Abgeordneten mit 133 Mandaten über eine knappe Zweidrittelmehrheit. Fidesz hat das Wahlergebnis zwar als „symbolischen Zweidrittelsieg“ verkündet, doch die knappe Zweidrittelmehrheit von nur einem Mandat war wegen der Auszählung der Briefwahl der Auslandsungarn und der in Botschaften abgegebenen Stimmen fast eine Woche lang noch nicht definitiv sicher. Und obwohl das offizielle Endergebnis die Verfassungsmehrheit bestätigt hat, kann die politische Situation bezüglich der Verfassungsmacht längerfristig unsicher bleiben.

Fidesz hat etwa 2,17 Millionen Zweitstimmen² bekommen, was sein schlechtestes Ergebnis seit 1998 darstellt: im Vergleich zu 2010 und dem damaligen Ergebnis von 2,7 Millionen Zweitstimmen hat die Partei mehr als eine halbe Million Wähler verloren.³ Nicht nur die linksliberale Opposition, auch Fidesz ist fast bis auf das Fundament der eigenen Stammwähler zurückgeschmolzen.

Eine in den Medien oft aufgegriffene Frage bezieht sich auf den Einfluss der Auslandsungarn auf die Wahlen. Von den 2,17 Millionen Zweitstimmen für Fidesz stammen nur etwa 122.000 von Aus-

landsungarn; an früheren Erwartungen gemessen eine sehr geringe Anzahl. Rechnerisch gesehen könnte man behaupten, dass diese Stimmen über die Zweidrittelmehrheit entschieden haben, doch politisch wäre es unwahr. Zum einen haben andere, kontroverse Elemente des Wahlsystems das Endergebnis viel tiefgreifender beeinflusst; so hat etwa allein die Methode „Kompensation des Gewinners“ Fidesz mehr als 700.000 Zweitstimmen auf der Landesliste eingebracht.⁴ Zum anderen blieb die Wahlbeteiligung der Auslandsungarn weit hinter den Erwartungen zurück: Von den fast 500.000 in den Nachbarländern lebenden Staatsbürgern, die seit 2010 die ungarische Staatsbürgerschaft bekommen haben, hatten sich nur 193.000 in das Wahlregister eintragen lassen, die wiederum letztendlich nur 128.000 gültige Stimmen abgaben, weit unter manchen Erwartungen von bis zu 300–400.000 Stimmen. Den Auslandsungarn die Verantwortung für die Zweidrittelmehrheit von Fidesz zuzuweisen wäre somit eine politische Fehlinterpretation.

Es ist paradox, doch Viktor Orbáns Partei hat die Parlamentswahlen von 2002 und 2006 mit mehr Stimmen verloren (mit 2,3 beziehungsweise 2,27 Millionen Zweitstimmen) als die aktuellen gewonnen. Wie kann man dieses Paradoxon und die derzeitige politische Situation in Ungarn erklären? In Viktor Orbáns Wahlsieg spielen drei Faktoren eine wichtige Rolle: (1) Ein Mangel an Alternativen; (2) Politikverdrossenheit und Systemprotest; und (3) das Wahlsystem. Die Reihenfolge dieser drei Faktoren spiegelt den Grad ihrer Einflussnahme, doch keines der drei Elemente sollte unterschätzt werden.

1. Mangel an Alternativen: eindeutiges Scheitern der linksliberalen Oppositionsliste⁵

Ein Mangel an ernsthafter politischer Herausforderung und effektiver politischer Mobilisierung von Seiten der Opposition hat eindeutig die größte Rolle beim Sieg von Fidesz gespielt. Die genaueren Ursachen sind vielfältig: In den Augen der Wähler – mit der Ausnahme der linken Stammwählerbasis – haben die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) und ihre früheren Führungspersonlichkeiten wie Ferenc Gyurcsány (heute Demokratische Koalition – DK) ein solches Glaubwürdigkeitsdefizit, dass es sie und die mit ihnen innerhalb der Liste „Regierungswechsel“ verbündeten Parteien nicht als echte Regierungsalternative erscheinen lässt. Die Liste kleinerer wie größerer politischer Fehler der Oppositionsparteien und ihrer Politiker ist lang; zwar waren sie in der Lage, Bedingungen für eine Zusammenarbeit auszuhandeln und eine einheitliche Oppositionsliste auf die Beine zu stellen, eine effektive Wahlkampagne zu führen überstieg jedoch ihre Kräfte. Fidesz hat einige Themen der politischen Linken – etwa die Senkung der Energieeinkaufskosten für Privathaushalte („Rezsicsökkentés“) – übernommen; doch die linksliberale Opposition hat weder die übrigen sozialen Themen (wie die Armuts- und Beschäftigungslage, die Arbeitslosenversorgung, oder die drastische Verminderung der Invalidenrentenversorgung) effektiv thematisiert, noch – etwa um sich selbst gegenüber den Verfassungsverstoß von Orbán als Verfassungs- und Rechtshüter darzustellen – den Fragenkomplex von Verfassungssystem, Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten zum Kern ihrer Wahlkampfagenda gemacht.

Die einheitliche Oppositionsliste gewann zehn von 106 Einzelwahlbezirke (in 2010 nur zwei von 176), und hat auf nationaler Ebene mit 1,24 Millionen Zweitstimmen 25,61 Prozent auf der Landesliste erreicht (in 2010 0,99 Million mit 19,3 Prozent). Zwar konnte die sozialliberale Opposition somit gegenüber 2010 ihre Basis um eine Viertelmillion Wähler erweitern – während Fidesz ein halbe Mil-

lion verlor – ihre Ergebnisse zeigen jedoch klar die Grenzen ihrer Mobilisierungskapazitäten. Die Oppositionsliste blieb weit entfernt vom gesetzten 30-Prozent-Ziel, wie auch vom Status, ernstzunehmender Regierungsherausforderer und -kandidat zu sein. Eine moralische, institutionelle und politische Erneuerung der linken oder linksliberalen Kräfte wird in Ungarn während der nächsten vier Jahre erforderlich sein. Schon heute zeichnet sich ab, dass ohne wesentliche Veränderungen in der Oppositionspolitik ihre Wählerbasis auf eine städtische und zunehmend ältere Bevölkerungsschicht schrumpfen wird. Seit 2010 haben zwei Oppositionsparteien, die grüne Partei LMP (Politik kann anders sein) und die Együtt-PM um Gordon Bajnai, die Möglichkeit gehabt, eine zentrale Rolle in diesem Erneuerungsprozess zu spielen; keine von beiden hat diese Aufgabe erfüllt. Die LMP ist unter der Führung von András Schiffer weiterhin eine Systemprotestpartei, bedacht darauf, von beiden großen politischen Blöcken gleichweit entfernt zu bleiben, was letztendlich zu ihrer Spaltung in 2012-2013 führte. Die Kräfte um Bajnai hingegen akzeptierten und folgten der Strategie, im Rahmen einer einheitlichen Liste die oppositionellen Kräfte zu vereinen, ein Kompromiss, der wiederum die Möglichkeit einer radikalen moralischen und politischen Erneuerung ausschloss. Wenn die linken oder linksliberalen Kräfte rechtzeitig zu den nächsten Parlamentswahlen im Jahre 2018 eine ernsthafte Regierungsalternative bilden und anbieten möchten, darf sich ihr Erneuerungsprozess nicht weiter verzögern.

2. Politikverdrossenheit und Systemprotest

Die Wahlbeteiligung betrug 61,24 Prozent; die diesjährige Parlamentswahl war somit seit 2002 die dritte in Folge mit sinkender Wahlbeteiligung. Weit mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten identifiziert sich mit keiner der politischen Kräfte im Land. Fidesz konnte kaum, und die linksliberale Oppositionsliste auch nur in geringem Maß, Wechselwähler gewinnen; die niedrige Wahlbeteiligung begünstigte

somit die Partei mit der sichersten Unterstützung durch disziplinierte und gut mobilisierbare Stammwähler, also Fidesz.

Die Anzahl der Nichtwähler erreichte 38 Prozent. Parallel dazu haben über 25 Prozent der Wähler Protestparteien unterstützt. Die grüne Partei LMP (5,18 Prozent) hat während der Wahlkampagne die Rolle der „Opposition der Opposition“ gespielt, und sich vor allem dadurch profiliert, die moralische Integrität der einheitlichen Oppositionsliste in Frage zu stellen, eben ob diese überhaupt eine wahre Alternative zu Viktor Orbán darstellen könnte. Die LMP hat die Fünf-Prozent-Hürde überwunden, weil sie scheinbar für viele, vor allem jüngere Bürger mit höherem Bildungsniveau die einzige moralisch akzeptierbare, demokratische Wahlalternative darstellte. Diese Wählerbasis wird in Zukunft das Überwinden der Fünf-Prozent-Hürde nicht unbedingt sichern, die Zukunft der Partei steht also weiterhin in Frage.

Obwohl sie ihre eigenen, sehr viel höher gesteckten Ambitionen nicht verwirklichen konnte, ist die rechtsradikale Partei Jobbik der einzig wahre Wahlgewinner. Ihr Ergebnis von 20,21 Prozent (0,986 Millionen Zweitstimmen, 130.000 mehr als in 2010; in 41 der 106 Einzelwahlbezirke auf dem zweiten Platz hinter Fidesz) betont zwei wichtige, miteinander verbundene Gegebenheiten: Ersten, der Mythos heimlicher Jobbik-Wähler gehört der Vergangenheit an. Die Meinungsforschungsinstitute haben Jobbik – sehr präzise – 19 bis 21 Prozent prognostiziert. In Zukunft können also weder die Parteiführung begründet hoffen noch andere Parteien fürchten, dass plötzlich weitere 5 oder 10 Prozent hinzukommen werden. Der Grund hierfür ist, zweitens, dass Jobbik von einem Großteil der ungarischen Gesellschaft nicht mehr als rechtsradikale Underdog-Partei non grata wahrgenommen wird, sondern sich rasch als breit akzeptierte, systemkritische Protestpartei etabliert hat, die in ihrer Basisregion in Nordost-Ungarn sogar alle Wählerschichten erreicht. Dieser Wandel⁶ hat zwar bisher mehr die politische Kommunikation und Wählerbasis der Partei betroffen als ihre politischen Inhalte und Standpunkte, doch er hat weitreichende Folgen. Der durchschnittliche Jobbik-Wähler gehört nicht zur rechtsradikalen Szene, ist zwischen 30 und 40

Jahren alt, aktiv auf dem Arbeitsmarkt, Teil der mittleren Einkommensschicht und lebt auf dem Land.⁷ Jobbik hat parteienweit die größte Unterstützung bei den jüngeren Jahrgängen. Um ihre Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien auszudrücken, ist für den Großteil der von Politikverdrossenheit betroffenen Wähler Jobbik die wahre Protestalternative. Jobbik scheint heutzutage die einzige Partei in Ungarn zu sein, die es geschafft hat, ihre Wählerbasis durch Wechsel- und Protestwähler zu erweitern. Wenn die Bemühung, die linke Seite des ungarischen politischen Spektrums zu erneuern, in den nächsten Jahren keine Früchte trägt, wird 2018 mit aller Wahrscheinlichkeit Jobbik der größte Herausforderer von Fidesz sein.

3. Das Wahlsystem

Die Wahlen am 6. April 2014 waren frei. Es wird oft betont, dass der Effekt des neuen Wahlsystems und der neuen Wahlverfahrensgesetzgebung auf die Wahlergebnisse nicht überschätzt werden darf; mit den aktuellen Ergebnissen hätte Fidesz auch in anderen Wahlsystemen, auch in dem alten ungarischen, gewonnen. Die Wahl spiegelt also tatsächlich den demokratischen Willen der ungarischen Gesellschaft wider.

Man sollte jedoch auch nicht die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung unterschätzen, umso weniger, weil man hier nicht über von Tradition oder politischem Konsens legitimierte Regeln spricht, sondern über ein Regelwerk, das mit einer überwältigenden Gesetzgebungsmacht aus Eigeninteresse während der letzten vier Jahren eingeführt worden ist.⁸ Fidesz hätte auch unter anderen Regeln gewonnen, aber die Mandatsergebnisse lägen weit unter den heutigen. Selbst in diesem System, wenn die sonst nirgendwo auf der Welt existierende Methode „Kompensation des Gewinners“ nicht gelten würde, hätte Fidesz nur 126 Mandate und wäre weit entfernt von der Zweidrittelmehrheit.⁹ Die Wahlgesetzgebung hat nicht den Wahlsieg entschieden, aber die Ergebnisse erheblich beeinflusst.¹⁰

Was die Wahlverfahrensregeln anbetrifft, muss man lediglich auf die offizielle Stellungnahme der OSZE-Wahlbeobachtungsmission verweisen: „Der

rechtliche Rahmen für diese Wahlen wurde in den letzten Jahren wesentlich verändert. Während man einige Veränderungen als positiv bewerten kann, hat sich eine Anzahl von Änderungen negativ auf den Wahlvorgang ausgewirkt, unter anderem auf Bereiche wichtiger gegenseitiger Kontrolle und auf die Wahrung partieller Gleichgewichte. Wegen restriktiver Kampagnenvorschriften, unausgewogener Medienberichterstattung und Kampagnenaktivitäten, welche die Trennung von politischer Partei und Staat verwischt haben, genoss die größte Regierungspartei einen unangemessenen Vorteil.”¹¹

Schlußfolgerungen

Schlüsselt man die Wahlergebnisse auf, muss man feststellen, dass hinter dem überwältigenden Sieg von Fidesz und der Zweidrittelmehrheit im Mandatsanteil das schwächste Ergebnis der Partei seit 1998 steckt und Fidesz während der letzten vier Jahre eine halbe Million Wähler verloren hat. Nicht die breite und einheitliche Unterstützung der ungarischen Gesellschaft, sondern die oben erwähnten drei Faktoren haben einen Sieg mit diesen Ergebnissen ermöglicht. Mit ihrer knappen Zweidrittel-

mehrheit wird die Regierung zumindest kurzfristig ihre oft kritisierte, kontroverse Politik des „constitutional engineering“ weiterführen können: die Nutzung von Verfassungsänderungen für das politische Tagesgeschäft und die Anpassung des verfassungsrechtlichen Rahmens an ihre aktuellen politischen Interessen. Sowohl im Lichte der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 8. April¹² über die Inkompatibilität der im ungarischen Grundgesetz verankerten Datenschutzregelungen mit dem europäischen Recht, als auch angesichts der Rede von Premierminister Orbán¹³ unmittelbar nach dem Wahlsieg wird es voraussichtlich weitere rechtliche und politische Auseinandersetzungen zwischen europäischen Institutionen und der ungarischen Regierung geben, wie auch weiterhin schlechte Zeiten für ausländische Investoren in dem Finanz- und Energiesektor. Da die Zweidrittelmehrheit von Fidesz von einem einzigen Mandat abhängt, und kann durch jeglichen – in Fidesz zwar unüblichen – Bruch der Fraktionsdisziplin oder durch eine gegebenenfalls nötige Nachwahl gefährdet werden, wird es auch möglich sein, dass Orbán politische Kompromisse schließen muss, um die Verfassungsmacht behalten zu können.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu allen offiziellen Wahlergebnissen <<http://www.valasztas.hu/en/ogyv2014/index.html>>.
- 2 Das Phänomenon des Stimmensplittings, also der Teilung von Erst- und Zweitstimme zwischen zwei Parteien, kann wegen der einander gegenseitig ausschließenden und nicht überschneidenden politischen Optionen bei diesen Wahlen fast völlig unbeachtet bleiben; statistisch vernachlässigbares Stimmensplitting könnte zwischen der LMP und der Linken Oppositionsliste stattgefunden haben.
- 3 Zwar haben in 2014 im Vergleich mit früheren Wahlen die Zweitstimmen wegen der verschiedenen Wahlsysteme eine andere Auswirkung auf die Mandatsverteilung gehabt, die Benutzung der kumulierten Zweitstimmen als Variablen zur Messung politischer Unterstützung der verschiedenen Parteien ist jedoch methodologisch begründet.
- 4 Im ungarischen Wahlsystem bedeutet „Kompensation des Gewinners“, dass in einem Einzelwahlbezirk nicht nur jene Stimmen, die man für einen im Endeffekt nicht erfolgreichen Kandidaten abgegeben hat, als Kompensationsstimmen auf die Landesliste überschrieben werden, sondern die Partei des erfolgreichen Kandidaten auch den Stimmenunterschied zwischen dem ersten und zweiten Platz auf die Landesliste überschrieben bekommt. Vgl. Kétharmad: csak a győzteskompenzációval, 9. April 2014, <http://igyirnankmi.blog.hu/2014/04/09/ketharmad_csak_a_gyozteskompenzacioval#more5988446>; Daniel Hegedüs, The Contradictions of Constitutional Engineering. An Analysis of the New Hungarian Parliamentary Elections Laws and their Role in the Power System of the Orbán Regime. SWP Working Paper FG01 2013/03, S. 7, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Contradictions_of_Constitutional_Engineering.pdf>.
- 5 Die Liste „Regierungswechsel“ vereinte die Oppositionsparteien Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), den Par-teiverband um Gordon Bajnai (Együtt-PM), die nach dem Bruch der MSZP gegründete Demokratische Koalition (DK) von Ferenc Gyurcsány und die kleine Ungarische Liberale Partei (MLP). Die Liste hat sich als der Herausforderer von und Gegenpol zu Orbáns Fidesz interpretiert und dargestellt.
- 6 Jobbik pflegte während der Wahlkampagne das Image einer sehr viel moderateren, eher an Ordnungspolitik orientierten, jungen Generationspartei, als das einer anti-semitistischen, anti-Roma und rechtsradikalen, und nutzte entsprechende politische Kommunikation.
- 7 Vgl. Interview mit Attila Juhász, Political Capital, Dezember 2011, <<http://www.politicalcapital.hu/2011/12/1875/>>
- 8 Zur Analyse des neuen ungarischen Wahlsystems vgl. Hegedüs, The Contradictions of Constitutional Engineering.
- 9 Vgl. Kétharmad: csak a győzteskompenzációval, 9. April 2014.
- 10 Vgl. Kim Lane Scheppele, Legal But Not Fair, Krugman-Blog, The New York Times, 13. April 2014, <http://krugman.blogs.nytimes.com/2014/04/13/legal-but-not-fair-hungary/?_php=true&_type=blogs&_r=0>.
- 11 Vgl. OSCE International Election Observation Mission. Hungary – Parliamentary Elections, 6. April 2014. <<http://www.osce.org/odihr/elections/117205?download=true>>. Übersetzung des Autors.
- 12 Vgl. Urteil des Europäischen Gerichtshofs, <<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=150641&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=53989>>.
- 13 Vgl. Fernsehaufzeichnung durch Echo TV, 6. April 2014, <<http://www.echotv.hu/magyarorszag-valaszt-2014-04-06-orban-viktor-beszede-a-valasztas-ejszakajan>>.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org
© 2014 DGAP